

SIE HABEN DIE WAHL!

**Landtagswahlen in Brandenburg
VETK-Analyse der Wahlprogramme
in Bezug auf Kita**

Am 22. September 2024 wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt.

Im Vorfeld zur Wahl hat die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) [Handlungsempfehlungen](#) veröffentlicht, die den politischen Verantwortungsträger:innen im Land Brandenburg als sachpolitische Orientierung dienen sollen und ein Angebot für eine Zusammenarbeit auf dem Boden christlicher und verfassungsrechtlich verankerter gemeinsamen Werte darstellen.

Der Fachverband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder des Diakonischen Werkes hat diese 7 Handlungsempfehlungen in Bezug auf Kita und Ganztage mit den Wahlprogrammen von AfD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BSW, Die Linke, FDP und SPD konkret verglichen und bewertet.

Als ein kurzes Fazit kann gesagt werden: alle 7 Handlungsempfehlungen finden sich in einzelnen Wahlprogrammen der Parteien wieder, unterschiedlich gewichtet. Die meisten Übereinstimmungen sahen wir in der Forderung für ein neues Kita-Gesetz.

Diakonie Handlungsempfehlung 1: Verlässliche und auskömmliche Finanzierung:

Wir streben eine landeseinheitliche, leistungsgerechte und transparente Finanzierung der Kitas an. Diese soll aus einer Hand erfolgen, um Konsistenz und Einfachheit in der Verwaltung zu gewährleisten.

Die Wahlprogramme hierzu:



Bündnis 90/Die Grünen

Die Kitarechtsreform werden wir neu angehen mit dem Ziel, die Kitafinanzierung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern auf Augenhöhe, transparent und gerecht zu regeln. (S. 72)



CDU

Ziele sind: ein seit langem versprochenes, neues und besseres Kitagesetz als eine der ersten Maßnahmen auf den Weg bringen und dabei insbesondere die Finanzierungsbeziehungen deutlich transparenter gestalten. (S. 25)

Die Diakonie hierzu: Explizit genannt war die Neuordnung der Kitafinanzierung lediglich in den Wahlprogrammen von zwei Parteien. Im Rahmen einer umfassenden Kita-Gesetzesnovelle ist die Neuordnung der Kita-Finanzierung jedoch unumgänglich!

Diakonie Handlungsempfehlung 2: Grundschul Kinder erhalten bald das Recht auf einen Ganztagsplatz.

Brandenburg muss sich aufmachen, die Entwicklung hin zur Ganztagsbetreuung an Schulen und die Betreuung von Kindern in Horten zu stärken.

Die Wahlprogramme hierzu:



BSW

Grundschule und Hortbetreuung müssen im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote enger vernetzt werden. Ziel muss ein ganzheitliches Bildungs- und Betreuungsangebot sein.



CDU

Ganztagsbetreuungsangebote gewinnen an Bedeutung und brauchen neben Investitionen in notwendige Räumlichkeiten einen Rechts- und Qualitätsrahmen, der allen beteiligten Akteuren Sicherheit gibt.



Bündnis 90/Die Grünen

Die Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder kommt. Darum wollen wir frühzeitig gute Qualitätsstandards entwickeln und Beratungsangebote für Schulen schaffen. Mit Fortbildungen, Konzepten und Förderungen wollen wir Schulen und ihre Teams bei der Entwicklung des Ganztags unterstützen. Ziel ist, auch Grundschulen den Weg hin zu gebundenen Ganztagsangeboten zu öffnen, bei denen sich Phasen von Lernen und Entspannen abwechseln.



SPD

Für die Kinderbetreuung steht den Familien schon heute ein breites und gut ausgebautes Netz von Kitas und Horten zur Verfügung. Um auch künftig genug Kita-Plätze zur Verfügung stellen zu können, unterstützen wir die Kommunen beim Bau von Kitas mit einem Kommunalen Investitionsprogramm mit dem Ziel, ein flächendeckendes und wohnortnahes Angebot von Krippe bis Hort zu gewährleisten. Zudem setzen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung in der Grundschule um. So werden bis zum Schuljahr 2026/2027 die Angebote ausgebaut und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal gestärkt.

Die Diakonie hierzu: die Entwicklung hin zur Ganztagsbetreuung an Schulen und die Betreuung von Kindern in Horten zu stärken, ist von einigen Parteien in ihre Wahlprogramme aufgenommen worden. Deutlich wird, dass es in diesem Bereich noch Investitionen und Standards braucht und der Hort nicht immer mitgedacht wird.

Handlungsempfehlung 3: Mehr Mittel für Qualität und Inklusion.

Ressourcen für eine gelingende Inklusion: Flächendeckende Unterstützung durch ausreichend finanzielle und fachliche Mittel, die eine erfolgreiche Inklusion in allen Kitas ermöglicht.

Die Wahlprogramme hierzu:



AFD

Gleichzeitig werden wir die chaotische Inklusionspolitik beenden und das Förderschulsystem stärken, indem wir ein gut ausgebautes Netz an optimal ausgestatteten Förderschulen errichten und wieder eigene Förderschullehrer im Land ausbilden.



Bündnis 90/die Grünen

Schulen und Kitas sollten Orte sein, die Kinder und Jugendliche zusammenbringen und ihnen ein sicheres Aufwachsen in einer Gemeinschaft ermöglichen. Darum wollen wir eine Schule, in der alle Menschen unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Lage, der familiären Umstände, der Herkunft, mit und ohne Behinderung, der religiösen Überzeugung, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung gemeinsam lernen.

Die Diakonie hierzu: Die AFD wendet sich in ihrem Wahlprogramm gegen eine inklusive Bildungspolitik, was äußerst bedauerlich ist, nach dem Wahlprogramm der AFD aber grundsätzlich zu erwarten war.

Handlungsempfehlung 4: Die Finanzierung von Praxisunterstützung, einschließlich Fachberatung, ist unerlässlich.

Durch die Stärkung der Fachkompetenz in Kitas wird die Qualität der pädagogischen Arbeit entscheidend verbessert.

Die Wahlprogramme hierzu:



FDP

Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung auf den Weg bringen: Dazu gehören die vollständige Erfüllung aller Betreuungsansprüche und eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten, mehr Fachberatung, bessere Ausstattung sowie eine Stärkung der Medienkompetenz. Gleichzeitig werden wir uns für eine beschleunigte Schaffung neuer Kita-Plätze einsetzen. Wir werden den Kommunen die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen.



SPD

Die Fach- und Praxisberatung werden wir ausbauen.

Die Diakonie hierzu: Nur zwei Parteien haben den Ausbau der Fach- und Praxisberatung in ihre Wahlprogramme aufgenommen. Die Bedeutung von Fach- und Praxisberatung und der dringende Handlungsbedarf muss der Politik also weiterhin deutlich gemacht werden.

Handlungsempfehlung 5 Kita-Sozialarbeit ausbauen:

Es braucht dort Kita-Sozialarbeit, wo sie benötigt wird. Insbesondere durch das Ausweiten des Kiez-Kitas Programms, um den spezifischen Herausforderungen an jedem Standort gerecht zu werden.

Die Wahlprogramme hierzu:



BSW

Wir werden das Landesförderprogramm „Kiez-Kita“ fortsetzen und auf noch mehr Einrichtungen ausweiten.



Bündnis 90/Die Grünen

Kitas und Schulen, in denen besonders viele Schüler*innen armutsgefährdet sind, sollen besondere Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen erhalten.

Bildung im 21. Jahrhundert darf nicht ideenloses Pauken sein. Es sieht vorrangig das persönliche Wachstum im gemeinsamen Suchen nach Lösungen, das soziale Lernen in einer Lehr- und Lerngemeinschaft im Vordergrund. Um dem gerecht zu werden und den komplexen Hilfebedarfen von Familien gerecht zu werden, braucht es darum Expert*innen aus Psychologie, Sozialarbeit, Heilpädagogik und Gesundheit in unseren Bildungseinrichtungen.

Wir wollen Qualitätsstandards für multiprofessionelle Teams entwickeln. Wir wollen noch mehr Teams an Brandenburgs Kitas und Schulen bringen und sicherstellen, dass diese kein bestehendes Kita- und Lehrpersonal ersetzen. Kita- und Schulsozialarbeit sind eine Erfolgsgeschichte, die wir fortführen und ausbauen werden.

Die Diakonie hierzu: nur in zwei Wahlprogrammen wurde ein Schwerpunkt auf die Fortsetzung des Kiez-Kita- Programms bzw. auf die Notwendigkeit von Kita-Sozialarbeit gelegt, was in Anbetracht großen Bedarfes in vielen Einrichtungen und der guten Erfahrungen mit Kita-Sozialarbeit unverständlich ist.

Handlungsempfehlung 6: Starke Leitungen durch verbesserte Freistellung:

Eine angemessene Freistellung für Kitaleitungen mit einem Sockel von mindestens 20 Wochenstunden und ergänzenden bedarfsgerechten Freistellungen – abhängig von der Einrichtungsgröße – ermöglicht eine effektivere Führung

Die Parteiprogramme hierzu:



AFD

Die Leitungsfreistellung ist flächendeckend auf 20 Wochenstunden zu verbessern.



Bündnis 90/die Grünen

In einem nächsten Schritt wollen wir zunächst die Leitungsfreistellung für Kitas ausweiten und dann weitere Schritte bei der Verbesserung der Personalschlüssel gehen. Dabei sollen auch die Horte einbezogen werden.



CDU

Mehr Zeit für pädagogische Leitung und Begleitung durch spürbare Anhebung des Sockels für die Leitungsfreistellung.



Die Linke

Gute Krippen, Kitas und elternbeitragsfreie Horte setzen wir mit unserem neuen Kitagesetz durch, das eine gute Personalbemessung (Bildungsschlüssel) und landeseinheitliche Qualitätsstandards vorschreibt.



SPD

Wir werden die Aufgaben der Kita-Leitung stärker bei der Personalbemessung berücksichtigen. Dadurch soll mehr Zeit für Konzeptarbeit, Begleitung der pädagogischen Arbeit, Kinderschutzfragen, Beschwerdeverfahren sowie die Elternarbeit zur Verfügung stehen.

Die Diakonie hierzu: Ob die AfD tatsächlich eine flächendeckende Leitungsfreistellung von 20 Wochenstunden anstrebt? Das wäre in vielen Fällen de facto eine Verschlechterung der aktuellen Situation. Oder hat sie nur das Wort „Sockel“ vergessen? Positiv angemerkt werden kann, dass die Grünen beim Thema Leitungsfreistellung auch Hortleitungen explizit miterwähnt haben.

Handlungsempfehlung 7: Ein Neues Kita-Gesetz:

Ein neues, präzises Kita-Gesetz ist erforderlich, welches Zuständigkeiten, Verfahren und Finanzierungsverantwortlichkeiten klar definiert. Dieses Gesetz soll das Engagement für die Kitas vereinfachen und rechtliche Klarheit schaffen.

Die Wahlprogramme hierzu:



AFD

Wir werden die Erzieherausbildung attraktiver gestalten und die Betreuungsqualität sicherstellen, indem wir die Kitarechtsreform wiederaufnehmen und erfolgreich abschließen.



Bündnis 90/Die Grünen

Die Kitarechtsreform werden wir neu angehen mit dem Ziel, die Kitafinanzierung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern auf Augenhöhe, transparent und gerecht zu regeln.



BSW

Die längst überfällige Neufassung des Kita-Gesetzes, das Eltern, Einrichtungsträgern und Kommunen seit zwei Wahlperioden versprochen wurde, werden wir in Angriff nehmen.



CDU

Ziele sind: ein seit langem versprochenes, neues und besseres Kitagesetz als eine der ersten Maßnahmen auf den Weg bringen und dabei insbesondere die Finanzierungsbeziehungen deutlich transparenter gestalten.



Die Linke

Gute Krippen, Kitas und elternbeitragsfreie Horte setzen wir mit unserem neuen Kitagesetz durch, das eine gute Personalbemessung (Bildungsschlüssel) und landeseinheitliche Qualitätsstandards vorschreibt.



FDP

Die abgebrochene KiTa-Rechtsreform werden wir wieder aufnehmen.



SPD

Um die Arbeit der Kitas zu vereinfachen, wollen wir den rechtlichen Rahmen reformieren. Es soll weniger und nicht mehr Normen geben. Die Zuständigkeiten sollen eindeutig geregelt sein.

Die Diakonie hierzu: Alle betrachteten Parteien haben die Umsetzung der Kita-Rechtsreform in ihren Wahlprogrammen berücksichtigt. Die Dringlichkeit dieser Maßnahme ist also bei der Politik angekommen – eine erneute Enttäuschung wie in dieser Legislatur darf sich keine Regierung mehr leisten.

Kontakt:

Verband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (VETK)
im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Paulsenstraße 55/56
12163 Berlin

Astrid Engeln und Svenja Gottschling
T 030 820 97-153
vetk@dwbo.de